



GREEN DEAL

Thomas Waitz über den ehrgeizigen EU-Plan das Klima zu retten und was daraus geworden ist. [Seite 5](#)



WAS BRINGT UNS DIE EU?

Es gibt viele Gründe in der EU zu sein. Wir haben die wichtigsten davon zusammengestellt. [Seite 4](#)



MEHR DEMOKRATIE WAGEN

Oberösterreich braucht einen Demokratischeschub. Doch Schwarz-Blau zögert, Reformen anzugehen. [Seite 6](#)

OÖ.PLANET AUSGABE NR. 122
MAI 2024 26. JAHRGANG

GRÜNE ZEITUNG FÜR OBERÖSTERREICH
OÖ.PLANET NR. 03/2024 | PREIS: € 1,- | ÖSTERREICHISCHE POST AG | GZ 02Z031264 M
DIE GRÜNEN | LANDESGRUPPE OÖ | 4040 LINZ | LANDGUTSTR. 17 | RETOUREN AN POSTFACH 555 | 1008 WIEN

DIE GRÜNEN
OÖ.GRUENE.AT

DIE GRÜNE BILDUNGSWERKSTATT OBERÖSTERREICH



Foto: Die Grünen OÖ

„Ich wünsche mir, dass wir uns in unserem vereinten Europa genauso zuhause fühlen wie im eigenen Dorf oder Viertel. Ich wünsche mir ein klimafittes, gerechtes und feministisches Europa, in dem wir alle Platz haben – unabhängig davon, woher wir kommen oder woran wir glauben, wie alt

wir sind oder wen wir lieben. Dafür möchte ich auch im Europäischen Parlament kämpfen. Für ein Europa der Zukunft und eine Zukunft für uns alle.“

■ INES VUKAJLOVIĆ AUS WELS, LISTENDRITTE DER GRÜNEN ÖSTERREICH S FÜR DIE EU-WAHL.

Mehr zur EU-Wahl auf den Seiten 3 bis 5.

ECHTER KLIMASCHUTZ

Eine gute Zukunft heißt für mich, dass wir mit dem Klima und unserem Planeten so umgehen, dass wir unseren Kindern und Enkelkindern eine intakte Natur, gesunde Böden und eine saubere Umwelt hinterlassen. Und ich wünsche mir möglichst viel Freiheit. Damit meine ich, dass sich jeder Mensch in Europa aussuchen kann, wo er lebt, mit wem er lebt, wie er lebt, an was er glaubt und was er im Leben erreichen will. Mir ist schon bewusst, dass der Gegenwind momentan ein bisschen rauer ist, als es vielleicht 2019 der Fall war.



Aber die vergangenen Jahre haben gezeigt: Echten Klimaschutz, den gibt es nur mit den Grünen. Und ich finde, darauf dürfen die Grünen auch durchaus stolz sein. Stärken wir einander, halten wir uns gegenseitig den Rücken frei und ziehen wir gemeinsam an einem Strang. Dann wird das alles gut hinhauen, da bin ich mir sicher.

■ LENA SCHILLING, SPITZENKANDIDATIN DER GRÜNEN ÖSTERREICH S ZUR EU-WAHL.

KLIMA-WAHL AM 9.6.

WEIL'S JUMS KLIMA GEHT!

DESHALB GRÜN

Hochverantwortliche: Die Grünen – Die Grüne Alternative, die demokratische Alternative für Europa und die Zukunft.

Das Wahlprogramm der österreichischen Grünen → www.gruene.at und der europäischen Grünen → www.greens-efa.eu/de/

ZUGESPIZT



■ MARCO VANEK
CHEREDAKTEUR
MARCO.VANEK@
GRUENE.AT

EUROPA
WOHIN?

Wenn Anfang Juni das EU-Parlament neu gewählt wird, wird es vor allem um eine Richtungsentscheidung gehen: mehr Zusammenarbeit in Europa und damit mehr Mitsprache in der Welt oder weniger von beidem. Nicht wenige sehen wegen des vorhergesagten Rechtsrucks gar einen existenziellen Kampf.

„Die politischen Auseinandersetzungen um den Kurs der EU werden härter und lauter werden.“

In den letzten Jahren hat das EU-Parlament entscheidenden Einfluss auf die Gesetzgebung und Verwaltung in den Nationalstaaten. Als Gesetzgeber auf europäischer Ebene ist es inzwischen gleichberechtigt mit Zuständigkeiten in fast jedem Bereich. Das EU-Parlament sei inzwischen mächtiger als jedes nationale Parlament in Europa, sagte kürzlich der Politologe Andreas Maurer von der Uni Innsbruck. Die EU-ParlamentarierInnen beschäftigen sich mit wichtigen Themen wie der Energiewende, der Renaturierung von Lebensräumen, den Arbeitsbedingungen prekärer Beschäftigter wie Zustellboten oder mit der Offenlegung internationaler Lieferketten. Das Parlament bestimmt auch über internationale Handelsverträge, wie mit der künstlichen Intelligenz umgegangen wird, aber auch mit Geschlechtergerechtigkeit...

Sollten nach dem 9. Juni die Rechtsaußenparteien gestärkt ins neu gewählte EU-Parlament einziehen, dann wird eines gewiss sein: Die politischen Auseinandersetzungen um den Kurs der EU werden härter und lauter werden,

...meint Marco Vanek
Chefredakteur

WO BLEIBT DER
FAHRPLAN ZUR
KLIMANEUTRALITÄT?

Einen klaren Fahrplan zur Klimaneutralität in OÖ fordert die Grüne Klimaschutzsprecherin Anne-Sophie Bauer. Erneut, denn bis heute hat die schwarz-blau Koalition keine verbindlichen CO₂-Reduktionsziele vorgelegt. „Man hat bis jetzt keinen Tau, wie man Oberösterreich bis 2040 klimaneutral machen will. Aber ohne verpflichtende Vorgaben ist das nicht machbar“, meint Bauer und sieht das gerade in besonders CO₂-intensiven Bereichen als unerlässlich – vom Verkehr, über Landwirtschaft bis zu Gebäuden.

STOPPT DIE BLOCKADE!

Die Energiewende zu blockieren, ist eine Gefahr für Artenschutz und Umwelt. Windräder sind Teil der Lösung und nicht das Problem, meint Umweltlandesrat Kaineder und wünscht sich mehr Sachlichkeit bei den Verantwortlichen.

■ BENJAMIN WIMMER

Die größte Bedrohung für die Artenvielfalt ist die dramatische Erderhitzung. Selbst wenn wir das Klimaziel von Paris schaffen, wird rund ein Viertel der Arten für immer verschwinden. Aktuell steuern wir auf eine viel dramatischere Erderhitzung zu: Bis zum Jahr 2080 wird die Hälfte aller Tier- und Pflanzenarten der Klimakrise zum Opfer fallen, wenn der Reduktionspfad nicht eingeschlagen wird.

Die Umstellung auf erneuerbare und saubere Energien ist der Schlüssel zum Schutz des Klimas und folglich dient der Ausbau der Erneuerbaren Energien letztlich dem Schutz der Artenvielfalt. Im Mühlviertel, in Oberösterreich und überall auf der Erde. „Jedes Zehntel Grad mehr bedroht Mensch, Tier und die gesamte Artenvielfalt



unvergleichbar mehr als jedes Windrad. Jeden Tag, an dem wir es nicht schaffen ein Windrad oder eine PV-Anlage ans Netz zu bringen, läuft ein Gas- oder Kohlekraftwerk weiter und heizt den Planeten weiter auf“, warnt Umwelt- und Klima-Landesrat Stefan Kaineder vor den bedrohlichen Folgen.

Gerade im Mühlviertel sind diese Überlegungen besonders wichtig. Immerhin ist von da der Weg nach Temelín nicht weit. Wer Erneuerbare Energie im Mühlviertel verhindert, verliert gleichzeitig auch die Glaubwürdigkeit im Kampf gegen den Ausbau der Atomkraft in Tschechien. Was bleibt ist die Frage:



Ist ein weiterer Atomreaktor auf tschechischer Seite wirklich um so viel schöner anzusehen als ein Windpark in Oberösterreich? Denn allein das Argument der unschönen Optik ist es, das den Ausbau der Windkraft in Oberösterreich wirklich zurückhält.

Für die Umwelt, zum Wohl der Menschen

Genehmigungen für Windkraftanlagen sind genau geregelt und werden ab einer gesetzlich bestimmten Produktionskapazität im Rahmen eines Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahrens durchgeführt. Mögliche Konsequenzen für Umwelt und Natur werden vor der Verwirklichung des Projekts auf Herz und Nieren geprüft! Auf klarer fachlicher Grundlage und unter Beteiligung der Öffentlichkeit werden mögliche Auswirkungen auf Mensch, Natur, Fläche, Boden, Wasser, Luft oder Klima genauestens durchleuchtet.

In einem UVP-Genehmigungsverfahren hat der Umweltanwalt Parteistellung und kann

damit genauso wie Nachbarn, Standortgemeinden und Umweltorganisationen im Verfahren mitwirken, um die Interessen des Umweltschutzes bei Projekten zu wahren. Das ist eine wichtige und gesetzlich definierte Aufgabe, die der Umweltanwalt objektiv und unabhängig auszuüben hat. „Die Aufgabe des Umweltanwalts wäre es, die Interessen der Umwelt und Natur zu schützen und sich in konkreten Verfahren einzubringen. In Oberösterreich verhandelt der Umweltanwalt traditionell bei Großprojekten wichtige Ausgleichsmaßnahmen für die Umwelt und Natur im Rahmen der Genehmigungsverfahren. Das macht er etwa bei großen Straßenbau- und Bergbauprojekten, aber auch großen Betriebsbaugebieten wie etwa in Ohlsdorf. Warum er gerade die Windkraft pauschal ablehnt, ist irritierend. Diese Ablehnung kann gerade für Natur, Umwelt und Klimaschutz gefährlich werden“, erinnert Kaineder an den gesetzlich definierten Auftrag für den Umweltanwalt im OÖ. Umweltschutzgesetz.

WO KEIN BODEN MEHR, DA AUCH KEINE ERNTE

Das Land verliert seinen Boden, die fruchtbaren Flächen werden verbaut – alles übertrieben wie noch immer SkeptikerInnen meinen?

■ MARCO VANEK

Dass der Boden schwundet, die planierten Flächen, Supermärkte und Kreisverkehre immer mehr werden, ist nicht nur mit bloßem Auge sichtbar. Es sind schlicht die alarmierenden Daten, die dies bestätigen. „Mit der aktuellen Bodenverschwendungen ist unsere Lebensmittelsoverän-

ität bedroht. Wir steuern auf eine Versorgungs-Unsicherheit zu. Genau das sagen uns die Zahlen“, meint der Grüne Raumordnungssprecher Rudi Hemetsberger.

Erstens: Schon jetzt stimmt das Verhältnis nicht. Den OberösterreicherInnen stehen pro Kopf und Schnitt 3800m² landwirtschaftliche, davon jedoch nur 1500m² fruchtbarste, Böden zur Verfügung, ist dem Raumbild OÖ zu entnehmen. Der/die durchschnittliche Europäerin verbraucht aber rund 4000m² Fläche. „Geht sich nicht aus. Wir sind schon jetzt stark auf Importe angewiesen“,

meint Hemetsberger. Zweitens: der Klimawandel verschärft die Situation. Laut einer Studie der AGES wird die Ertragskraft der Böden durch die steigenden Temperaturen abnehmen. Die dann noch fruchtbarsten Böden werden sich vom Osten Österreichs in das oberösterreichische Alpenvorland verlagern. „Aber – so Hemetsberger – gerade in diesem Gebiet besteht der größte Druck wertvolles Ackerland für Wohn-, Wirtschafts- und Verkehrszwecke zu versiegeln“. Drittens: Etwas weniger Bodenverbrauch ist immer noch zu viel. Denn im Jahr 2023 ist Bauland um weitere 169 Hektar und Verkehrs-

flächen um 33 Hektar gewachsen. Eine Erkenntnis aus einer schriftlichen Anfrage an Raumordnungs-Landesrat Achleitner. Unter dem Strich haben wir im schwarz-blauen Oberösterreich eine bedenkliche Konstellation. Man tut sowohl für den Klima- als auch für den Bodenschutz zu wenig. Denn ausgerechnet Oberösterreich legt sich gegen das tägliche 2,5 Hektar-Limit quer. „Für wirksamen Bodenschutz brauchen wir dieses Limit und auch ein wirksames Raumordnungsgesetz, das auch konsequent umgesetzt wird“, meint Hemetsberger, denn „es geht schlicht um unsere Lebensgrundlage“.

QUER DURCH OBERÖSTERREICH NACH BRÜSSEL

Ines Vukajlović ist Listen-dritte für die Grünen auf der Europawahl-liste. Der oö.planet begleitete die Welserin auf eine Wahldiskussion mit SchülerInnen in Ried.

■ BENJAMIN WIMMER

Ein Dienstagmorgen um 06:30, Ines Vukajlović macht sich auf den Weg von Linz nach Ried im Innkreis. Dort findet eine Schuldiskussion zur bevorstehenden EU-Wahl statt, bei der sich die SchülerInnen ein Bild der zur Wahl stehenden Parteien machen sollen.

Ines Vukajlović hat als drittplatzierte Kandidatin gute Chancen bei der EU-Wahl am 9. Juni für die Grünen ins Europäische Parlament einzuziehen. Deshalb ist Ines auch eine gefragte Frau bei zahlreichen Podiumsdiskussionen, die in den Wochen vor der Wahl in Schulen quer durch das ganze Bundesland organisiert werden. Bei den SchülerInnen ist das Interesse für die Europapolitik deutlich spürbar, darum ist es Ines besonders wichtig, auch an möglichst vielen Diskussionen teilzunehmen und den jungen Menschen zu vermitteln, wofür die Grünen und insbesondere sie persönlich bei dieser Wahl antreten.

Doch warum möchte Ines Vukajlović jetzt aus dem oberösterreichischen Landtag überhaupt in die belgische Hauptstadt Brüssel? „Ich bin Europäerin, Oberösterreicherin mit Wurzeln am Balkan und bin zweisprachig aufgewachsen. Europa bedeutet für meine



Fotos: Die Grünen OÖ (2)

Generation Freiheit und die Möglichkeit, über Grenzen hinweg zu leben, zu arbeiten und Freundschaften zu schließen. Für genau dieses Europa möchte ich eine laute Stimme im EU-Parlament sein“, erzählt Ines über ihre Beweggründe für die Kandidatur.

Im Turnsaal des BORG Ried im Innkreis verfolgen rund 400 SchülerInnen die Podiumsdiskussion der KandidatInnen der ÖVP, FPÖ, SPÖ, NEOS und der GRÜNEN. Unterschiedliche Themen rund um die EU werden angeschnitten, die KandidatInnen geben Einblicke in die Positionen ihrer Parteien und setzen auf deutliche Abgrenzung gegenüber den mitdiskutierenden PodiumskollegInnen. Nach den Fragen der ModeratorInnen sind die SchülerInnen an der Reihe mit ihren Fragen an die PolitikerInnen. Die Themen, die sie besonders beschäftigen, sind dieselben wie auch bereits

in anderen Schulen: Mitspracherecht für junge Menschen, Chancengleichheit und die Zukunft unseres Planeten. Ines kennt diese Sorgen: „Mir ist es wirklich wichtig, dass ihr gehört werdet und, dass auch eure Lebensrealitäten in die weitreichenden Entscheidungen, die auf europäischer Ebene getroffen werden, miteinbezogen werden. Es geht um unsere, um eure Zukunft und ich möchte mich für euch einsetzen.“

Und auch was den Klimaschutz betrifft, sind sich die Mehrheit der SchülerInnen und Ines offensichtlich einig. „Wir müssen unsere Lebensgrundlagen schützen und die drohende Erderhitzung rechtzeitig stoppen. Seid laut und teilt eure Sorgen um den Planeten mit, damit es auch alle anderen endlich begreifen“, gibt Ines einer Schülerin mit auf den Weg, die nicht verstehen konnte, warum so viele PolitikerInnen die Sorgen

aber auch die Klimaschutz-Initiativen und -Demonstrationen der jungen Leute nicht ernst nehmen.

Nach knapp zwei Stunden ist die Podiumsdiskussion im BORG Ried wieder vorbei. SchülerInnen strömen zur Schulkantine und die meisten PolitikerInnen stehen noch beisammen im Kreis mit OrganisatorInnen. Ein paar Meter weiter hat sich eine kleine Schlange junger Menschen gebildet. Sie stellen sich an für ein kurzes Gespräch und gemeinsame Selfies mit ihrer ganz persönlichen Spitzenkandidatin, Ines Vukajlović.



LENA SCHILLING ON TOUR!



Grüne EU-Spitzenkandidatin schnupperte Urfix-Luft

Bei dem Start ihrer Bundesländer-Tour in Linz ließ es sich die Grüne Spitzenkandidatin Lena Schilling



nicht nehmen, gemeinsam mit dem Grünen Wahlkampfteam auch den Urfahrnermarkt zu besuchen. Zwischen Riesenrad, Autodrom und Lebkuchenherz er blieb auch noch Zeit für ein Selfie mit ihren UnterstützerInnen.



„Es macht großen Spaß, in den direkten Kontakt mit den WählerInnen zu treten. Da kann man auch hier im großen Getümmel das ein oder andere Wort wechseln und die Menschen hoffentlich überzeugen, ihr Kreuzerl am 09.06. für das Klima und eine lebenswerte Zukunft Europas zu setzen“, so Schilling. (bw)

WAS WOLLEN DIE GRÜNEN IN DER EU

Auszüge aus dem Grünen Wahlprogramm

Günstiger Wind- und Sonnenstrom

„Wir wollen Europa unabhängig von schmutzigen Öl- und Gasimporten machen und komplett mit selbst produzierter, sauberer Energie versorgen“, steht im Grünen Europaprogramm. Der Plan in diese Richtung ist klar: Bis 2030 soll es genug Windkraftwerke für eine Kapazität von 500 Gigawatt und doppelt so viel Sonnenstrom (1 Terawatt) geben. Mit Solaranlagen auf jedem nutzbaren Dach und 40.000 neuen Windrädern in ganz Europa. Damit könnte der durchschnittliche Strombedarf von 345 Millionen Haushalten gedeckt werden...

Weltspitze in grüner Technologie

Damit Europa nicht wieder wichtige technologische Fortschritte verschläft, wollen die Grünen Europa zum Spitzenreiter im Bereich der grünen Zukunftstechnologien machen. Für Europa läge eine große Chance darin, die Produkte der Klimawende vollkommen nachhaltig herzustellen, egal ob Rotorblätter für Windräder, Solarzellen, Autobatterien oder Gebäudeisolierung...

Kritische Stimmen schützen

Russland führt nicht nur einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Putin – aber auch seine engsten Partner wie Lukaschenko in Belarus – unterdrückt auch die Menschen im eigenen Land brutal. Wer sich ihrem Regime entgegenstellt, wird mit aller Gewalt verfolgt. Besonders gefährdet sind JournalistInnen und AktivistInnen, die sich für Frieden, Demokratie und Meinungsfreiheit einsetzen. Sie müssen in ihrer Heimat um ihr Leben fürchten. „Die EU muss diese Menschen gezielt aufnehmen und sie mit aller Kraft schützen und unterstützen, damit sie ihre Arbeit in Sicherheit fortsetzen können....“

Mehr dazu unter:

Das Wahlprogramm der österreichischen Grünen gibt es zum Downloaden unter:

→ www.gruene.at

Die Europäischen Grünen haben ein gemeinsames Programm:

→ www.greens-efa.eu/de/



WAS HABEN WIR VON DER EUROPÄISCHEN UNION?

Als UnionsbürgerInnen genießen wir elementare Vorteile, die wir oft als selbstverständlich betrachten. Wir haben einige der wichtigsten Vorteile der Mitgliedschaft in der EU zusammengestellt.

■ IRENE MAYER-KILANI

STUDIEREN AN DEN SCHÖNSTEN ORTEN

Als Studentin in den 1990er Jahren gehörte ich zu jenen jungen Menschen, die zum ersten Mal in den Genuss kamen, im europäischen Ausland zu studieren. Das Erasmus-Programm, ein Stipendium der Europäischen Union, eröffnete nicht nur Einblicke in akademische Welten jenseits Österreichs. Benannt ist das Studienaus tauschprogramm nach Erasmus von Rotterdam, einem berühmten Humanisten der Renaissance.



Die Studierenden profitieren nicht nur von der akademischen, sondern vor allem auch von der kulturellen, sozialen und sprachlichen Horizont erweiterung. Man lernte junge Menschen aus den unterschiedlichsten Ländern kennen, viele der damals geknüpften Kontakte halten bis heute, nicht wenige Erasmus-Studierende sind im Ausland geblieben und haben dort ihre berufliche Laufbahn begonnen, Familien gegründet und sich niedergelassen.

FREIE FAHRT

Nicht nur Studieren ohne Grenzen, Reisen ohne Grenzen, Wohnen ohne Grenzen, Arbeiten ohne Grenzen: Wer mobil sein will, dem bietet die EU viele Vorteile. Mit dem „Schengener Abkommen“ sind die Grenz kontrollen zwischen den meisten EU-Staaten weg gefallen.



1985 als zwischenstaatliches Projekt von fünf EU-Ländern - Frankreich, Deutschland, Belgien, den Niederlanden und Luxemburg - ins Leben gerufen und hat sich im Laufe der Zeit zum weltweit größten Raum des freien Personenverkehrs entwickelt. Heute umfasst der Schengen-Raum eine Fläche von über 4 Millionen km² mit einer Bevölkerung von fast 420 Millionen Menschen. Ihm gehören 27 Staaten an.

JUBILÄUM DER EU-ERWEITERUNG

Die Erweiterung der EU um zehn Staaten jährt sich heuer zum 20. Mal: Am 1. Mai 2004 traten Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, die Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern der EU bei. Mit dieser fünften Erweiterungs runde in der Geschichte der Europäischen Union ist Österreich vom östlichen Rand ins Herz Europas gerückt.



Wie kaum ein anderer EU-Mitgliedstaat hat Österreich wirtschaftlich von der EU- Erweiterung profitiert. Drei Viertel des wichtigen Außenhandels wickelt Österreich mit anderen EU-Staaten ab. Für Tourismus, Handel und grenzüberschreitenden Verkehr ist die Einbindung in den europäischen Binnenmarkt nicht mehr wegzudenken.

HEUTE SCHON WÄHLEN GEHEN

Es gibt viele gute Gründe, am 9. Juni die Grünen zu wählen. Wer ganz sicher gehen will, macht das jetzt schon: Denn seit heuer können alle Wahlberechtigten schon vorab wählen gehen.

Das geht ganz einfach: Ausweis einpacken, zu den normalen Öffnungszeiten aufs Gemeindeamt gehen und die Wahlkarte mündlich beantragen. Damit



kann gleich vor Ort gewählt werden - und der Wahlsonntag ist frei für andere Pläne.

Natürlich kann die Wahlkarte auch bis spätestens Mittwoch, 5. Juni 2024, über die Website oesterreich.gv.at, die App „Digitales Amt“ oder per E-Mail beantragt werden und wird dann von der Gemeinde per Post zugeschickt.

NATURA 2000: SCHUTZ DER BIOLOGISCHEMEN VIELFALT

Natura 2000 ist ein europaweites Netz von Schutzgebieten, in denen die Vielfalt an Lebensräumen und wildlebenden Tier- und Pflanzenarten dauerhaft erhalten werden soll. Dabei werden wichtige Lebensräume und schutzbedürftige Arten, die in Europa heimisch sind, erfasst und gesichert. Grundlage dafür sind die beiden EU-Richtlinien, Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-Richtlinie) und



Vogelschutzrichtlinie (VS-Richtlinie). Das Netzwerk Natura 2000 umfasst in Österreich 350 Gebiete, davon sind 284 als Europaschutzgebiete verordnet. Allein in Oberösterreich wurden 56 Gebiete mit einer Gesamtfläche von rund 82.624 Hektar für das Netzwerk Natura 2000 an die Europäische Kommission gemeldet. Das bekannteste dieser Gebiete ist sicherlich der Nationalpark Kalkalpen.

EINHEITLICHES GELD

Die Einführung des Euro erspart uns bei Reisen durch Europa hohe Wechselgebühren. Rund 350 Millionen Menschen weltweit verwenden den Euro täglich, damit ist er die am zweithäufigsten verwendete Währung der Welt. In 20 der 27 Mitgliedstaaten können wir mit dem Euro als offiziellem Zahlungsmittel bezahlen. Der Euro, die gemeinsame Währung des Euroraums, bietet VerbraucherInnen und Unternehmen in Europa zahlreiche Vorteile. Einer der wichtigsten Vorteile ist die Möglichkeit, Preise über Ländergrenzen hinweg leicht vergleichen zu können. Diese Transparenz fördert den Wettbewerb und führt häufig zu niedrigeren Preisen und besseren Angeboten, wovon die VerbraucherInnen direkt profitieren.



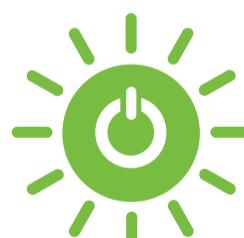
Ein weiterer wichtiger Vorteil des Euro ist die Preisstabilität. Dank der gemeinsamen

Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) bleibt die Inflation im Euroraum unter Kontrolle und sorgt für eine verlässliche Preisentwicklung. Das schafft Vertrauen bei den VerbraucherInnen und sorgt für eine stabilere Wirtschaft.

Für Unternehmen macht der Euro den Handel im Euroraum einfacher, billiger und sicherer. Durch den Wegfall von Wechselkursrisiken können Unternehmen leichter im gesamten Euroraum einkaufen und verkaufen. Darüber hinaus wird der Handel mit dem Rest der Welt transparenter und effizienter, da die Eurozone als einer der größten Handelsblöcke der Welt einen starken Einfluss hat. Mit dem Euro können europäische Unternehmen ihre Wettbewerbsfähigkeit auf globaler Ebene steigern und gleichzeitig von einer einheitlichen Währung profitieren.

RAUS AUS FOSSILER ENERGIE

Spätestens die Energiekrise und der Krieg in der Ukraine haben uns deutlich gemacht, wie wichtig es ist, unabhängig von russischen Gaslieferungen zu werden. Österreich hat im europaweiten Vergleich mit die höchsten Gasimportraten.



In den nationalen Plänen wird dargelegt, wie die EU-Länder in den folgenden fünf Bereichen vorgehen wollen: Energieeffizienz, erneuerbare Energien, Verringerung der Treibhausgasemissionen, Verbindungsleitungen sowie Forschung und Innovation. Die geopolitischen Entwicklungen und die Energiepreise bekräftigten die EU darin, ihre Abhängigkeit von fossilen Brenn-

stoffen aus Russland zu beenden und den grünen Wandel zu beschleunigen. Der im Mai 2022 von der Kommission ins Leben gerufene REPower-EU-Plan wird die EU dabei unterstützen, einen höheren Anteil an erneuerbaren Energien zu nutzen, Energie einzusparen und ihre Energieversorgung zu diversifizieren. Insbesondere die Senkung des Energieverbrauchs ist entscheidend, um sowohl die Emissionen als auch die Energiekosten für VerbraucherInnen und Industrie zu senken. Die Mitgliedstaaten müssen der Verbesserung der Energieeffizienz Vorrang einräumen, auch für die von Energiearmut betroffenen Menschen.

WER IST WAHLBERECHTIGT?

Zur Teilnahme an der Europawahl 2024 (aktives Wahlrecht) berechtigt ist, wer

- spätestens am Tag der Wahl seinen 16. Geburtstag feiert,
- österreichische Staatsbürgerin bzw. Staatsbürger oder EU-Bürgerin bzw. -Bürger mit Hauptwohnsitz in Österreich oder Auslandsösterreicherin

bzw. -österreicher ist,

- in der Europa-Wählerevidenz einer österreichischen Gemeinde eingetragen ist (bei Hauptwohnsitz in Österreich erfolgt diese Eintragung automatisch)
- und wenn kein Wahlaußschließungsgrund im Zusammenhang mit einer gerichtlichen Verurteilung vorliegt.



Foto: © Serena Vittorini / European Parliament

DER GREEN DEAL WACKELT

Befeuert von der Fridays-for-Future-Bewegung mit vor allem Millionen junger streikender EU-BürgerInnen erklärte Ursula von der Leyen Ende 2019 den Klimaschutz zum wichtigsten Thema der EU-Kommission. Was wurde aus dem historischen Green Deal?

MARCO VANEK

Als Man on the Moon-Moment bezeichnete die frisch gekürzte Kommissionspräsidentin ihren European Green Deal. Das große Ziel: Die EU soll bis 2050 „klimaneutral werden“. 137 Gesetzesinitiativen sollen in den darauffolgenden Jahren beschlossen werden, um Europa auf einen klimafreundlicheren Kurs zu bringen. Wenige Wochen vor der nächsten EU-Parlamentswahl und vierthalb Jahre nach der historischen Ankündigung zeigen sich erste Erfolge, aber auch große Mängel.

Wo wirkt der Green Deal bereits?

So wird CO₂ bereits in 19 EU-Staaten begrenzt, ab 2027 kommt ein eigenes EU-Handelssystem (ETS II) für alle

fossilen Brenn- und Treibstoffe. Erste Auswirkung des Green Deal: Die CO₂-Emissionen sanken bereits. Auch wenn die ÖVP und CDU/CSU versuchen, es rückgängig zu machen: Das EU-weite Aus für Neuwagen mit Verbrennungsmotoren wird ab 2035 kommen. Bereits 2021 beschlossen wurde ein wichtiger Meilenstein der „Zero Pollution“-Aktionsplan, mit dem Luft, Wasser und Boden schadstofffrei gemacht werden sollen, ebenso der Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft aus dem Jahr 2020.

Standards zurückgefahren

Nach den ersten Jahren des großen Schwungs kam seit vorigem Jahr Sand ins Gesetzesgetriebe. In immer mehr Ländern gingen die Bauern und

Bäuerinnen auf die Straße und zwangen die EU-Kommission mehrere Gesetzesinitiativen zur Landwirtschaft zu verwässern bzw. zu schubladisieren. Vor allem die EVP mit ihrem österreichischen Mitglied ÖVP, erreichten, dass zahlreiche Umwelt- und Naturschutzsstandards zurückgefahren werden. Zuletzt beim Renaturierungsgebot, dessen finale Abstimmung noch im Umweltministerrat ansteht. Thomas Waitz schüttelt dabei den Kopf und versteht den Widerstand der ÖVP gegenüber mehr Naturschutz nicht. Österreich hätte seiner Meinung nach die besten Voraussetzungen zur Erfüllung der Renaturierung, da tun sich andere Regionen Europas viel schwerer. „Warum man Wälder wieder in einen besseren Zustand versetzen muss, da muss man nur nach Osttirol, Kärnten oder ins Waldviertel schauen, wo die Fichten-Monokulturen eingehen. Forscher und ForstforscherInnen sagen uns seit Jahrzehnten, was getan werden muss. Dass man diese Änderung jetzt gesetzlich durchsetzen muss, ist traurig, aber notwendig“, so Waitz.

„Im Bereich der Förderungen der Erneuerbaren Energien ist der Green Deal gelungen, bei Emissionsreduktion zum Teil, auch in der CO₂-Bepreisung. Doch bei Naturschutz und Arten- schutz sind wir aufgrund des Widerstands der Konservativen krachend gescheitert“, **Thomas Waitz, EU-Abgeordneter und Listenzweiter der Grünen.**

Luft nach oben sehen viele ExpertInnen bei nachhaltigen Lebensmittelsystemen. Ein entsprechendes Gesetz wurde zwar mit dem Green Deal in Aussicht gestellt, aber bisher noch nicht umgesetzt. Auch die versprochene Ankündigung der REACH-Verordnung zur Chemikaliensicherheit wurde verschoben.

MITARBEIT: JULIAN SCHUH UND JOHANNES SCHÜTZENHÖFER, BRÜSSEL



Foto: © Serena Vittorini / EP

„Im Bereich der Förderungen der Erneuerbaren Energien ist der Green Deal gelungen, bei Emissionsreduktion zum Teil, auch in der CO₂-Bepreisung. Doch bei Naturschutz und Arten- schutz sind wir aufgrund des Widerstands der Konservativen krachend gescheitert“, **Thomas Waitz, EU-Abgeordneter und Listenzweiter der Grünen.**

FAKten: EU-GREEN DEAL

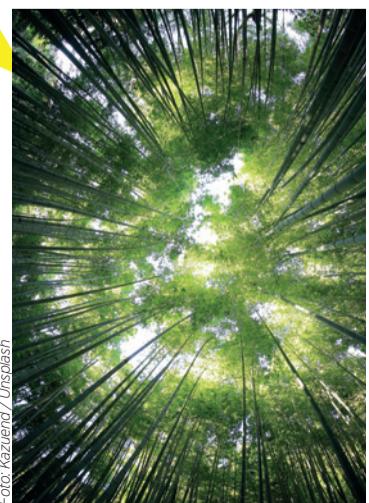
Die Europäische Kommission hat Ende 2019 mit dem EU-Green-Deal die Ziele für die Klimaneutralität der Europäischen Union bis 2050 vorgestellt.

Um dieses Ziel zu erreichen, müssen die CO₂-Emissionen in allen Sektoren gesenkt werden - von der Industrie über den Verkehr und die Landwirtschaft bis hin zum Energiesektor. Der Klimawandel ist eine globale Bedrohung und kann nur glo-

bal bekämpft werden. Deshalb engagiert sich die EU aktiv und unterstützt ihre internationalen PartnerInnen beim Klimaschutz, insbesondere im Rahmen der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC) und des Pariser Klimaabkommens. Parallel zum Klimaschutz ergreift die EU Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel. Dabei geht es um den Umgang mit den bereits unvermeidbaren Folgen des Klimawandels.

Rechtlich verankert ist der Green Deal im EU-Klimaschutzgesetz. Darin ist das ehrgeizige

Ziel festgeschrieben, die Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 55 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren.



Seit seiner Einführung hat der Green Deal viele Herausforderungen wie die Corona-Pandemie, den Krieg in der Ukraine und die Energiekrise gemeistert.

Die Europawahlen 2024 stellen eine weitere Herausforderung für die Fortführung der Green Deal-Agenda dar, da eine neue Europäische Kommission gebildet werden muss, neue Mitglieder des Europäischen Parlaments gewählt werden und die bevorstehenden Wahlen in den Mitgliedstaaten auch die Zusammensetzung des EU-Rates beeinflussen können. (imk)



GREEN-DEAL

Wie stimmten Österreichs EU-Abgeordnete ab

Über 130 Gesetzesinitiativen umfasst der Green Deal. Über einen Teil davon wurde in den letzten Jahren bereits abgestimmt. Am Beispiel der Abstimmung um das Lieferkettengesetz sieht man ganz gut, wie Österreichs EU-Abgeordnete voten, wenns um Klimaschutz geht: Grüne und die SPÖ-MandataInnen sind immer dafür, die FPÖ immer dagegen und ÖVP und die Neos-Abgeordneten stimmen mal für Klimaschutz, mal dagegen. Über jede Abstimmung wird Protokoll geführt und ist auf der Homepage des Europäischen Parlaments transparent einsehbar:

<https://www.europarl.europa.eu/plenary>

MandatarIn	1. Lesung 01.06.2023	2. Lesung 24.04.2024
Vana, Grüne	+	+
Waitz, Grüne	+	+
Wiener, Grüne	+	+
Heide, SPÖ	n.a.	+
Regner, SPÖ	Vorsitz	+
Schieder, SPÖ	+	+
Sidl, SPÖ	+	+
Bielowski, SPÖ	+	+
Gamon, NEOS	+	0
Bernhuber, ÖVP	-	n.a.
Karas, ÖVP	0	0
Mandl, ÖVP	n.a.	-
Sagartz, ÖVP	-	n.a.
Schmiedtbauer, ÖVP	-	-
Thaler, ÖVP	-	Pirchner
Winzig, ÖVP	-	-
Haider, FPÖ	0	-
Mayer, FPÖ	0	-
Vilimsky, FPÖ	0	-

Ja + Nein - Enthaltung 0



KOMMENTAR



■ SEVERIN MAYR
KLUBOBMANN DER
GRÜNEN IM OÖ. LANDTAG
SEVERIN.MAYR@
GRUENE.AT

WEYREGG UND DER NICHT ZU- STÄNDIGE PFLEGE- LANDES RAT

Transparenz und Offenheit sind ja keine ausgeprägten Merkmale dieser schwarz-blauen Landeskohäsion. Auch und besonders nicht bei den Geschäften der landeseigenen Immobiliengesellschaft, kurz LIG genannt, und in Verantwortung von Landesrat Achleitner. Dass die Geheimnistuerei nun einen Kollegen aus den eigenen Reihen trifft, ist aber schon bemerkenswert. Die alte Landwirtschaftsschule in Weyregg hat man an Investoren verkauft und entstehen soll - so heißt es - eine private Pflegeeinrichtung. Nur hat man es nicht für nötig befunden, die Pläne auch Pflegelandesrat Hattmannsdorfer mitzuteilen. Wir haben ihn im Landtag gefragt. Er war in Anbahnung, Vertrag und Verkauf nicht eingebunden. Weil er nicht zuständig ist, wie er sagt. Wohl um größeren öffentlichen Unbill zu vermeiden.

„Der Pflegelandesrat ist also nicht zuständig, wenns um die Realisierung einer Pflegeeinrichtung geht.“

Der Pflegelandesrat ist also nicht zuständig, wenns um die Realisierung einer Pflegeeinrichtung geht. Verblüffend. Aber damit ist dieser gesamte undurchsichtige Deal um eine Facette reicher. Denn, ob das Beste für die SteuerzahlerInnen bei diesem Geschäft herausgeholt wurde, wissen wir nicht. Was alles genau vereinbart und ob die Nutzung als Pflegeeinrichtung überhaupt fixiert wurde. Auch das wissen wir nicht. Denn ÖVP und FPÖ weigern sich, die Vertragsunterlagen offenzulegen. Bis 2017 wäre diese Weigerung nicht möglich gewesen. Denn bis dahin war es selbstverständlich, dass Verkäufe über 800.000 Euro dem Landtag und damit der Öffentlichkeit vorgelegt werden. Das hat Schwarz-Blau kurzerhand abgedreht. Man steht offensichtlich nicht so auf Einmischung. Zurück nach Weyregg. Addiert man zur Geheimnis-krämerei die Frage, warum ausgerechnet private Investoren eine Pflegeeinrichtung führen sollen und nicht das Land selbst, keinen Zweifel auf, ob aus dem Weyregg-Grundstück auch wirklich eine Pflegeinstitution entwachsen wird. Wir bleiben dran.



Foto: Werner Dedi/oeografi

Das kürzlich abgehaltene Demokratieforum des Landes hätte die Türen öffnen sollen für einen echten Demokratie-Prozess. Doch die Schwarzen und Blauen trauen sich nicht, Reformen für ein transparenteres und moderneres Oberösterreich umzusetzen.

■ MARKUS ECKER

„In Gott's naum“. Dieser Spruch ist ja landläufig bekannt. Zumeist begleitet von seufzenden Lauten und leidender Mimik. Soll heißen: „na guat“, „meinetwegen“. Man mag nicht völlig falsch liegen, dass dieser wenig motivationsgeladene Zugang auch ÖVP und FPÖ zum jüngst abgehaltenen Demokratieforum des OÖ. Landtags geleitet hat. Um die Zukunft der Demokratie in Oberösterreich ist es dabei gegangen. Endlich damit zu starten, „das Land politisch zu modernisieren und zu durchlüften“, wie es der Grüne Klubobmann LAbg. Severin Mayr ausdrückt. Beides - Demokratisierung und Symposium - haben die Grünen seit langer Zeit eingefordert.

Bekenntnisreich ist dort gemeinsam mit ExpertInnen auch diskutiert und vorgebrachten worden. Echt feiner Event - aber ohne Folgen. Für ÖVP und FPÖ wars das. Keine Konsequenzen, keine nächsten Schritte wie von den Grünen verlangt. „Wir haben die Tür zu einem echten Demokratisierungs-Prozess geöffnet, aber Schwarz-Blau hat sie vor dem ersten frischen Luftzug geschlossen“, bilanziert Mayr.

Zumindest vorerst, und zu geben: So wirklich überraschend ist diese Weigerung nicht. „Denn eine wirkliche Demokratiereform würde als Kernstück den Proporz in Oberösterreich beenden.“

Jenes Relikt, das es sonst nur noch in Niederösterreich gibt, bringt es Mayr auf den Punkt. Und das will Schwarz-Blau nicht. Ein Proporz-Aus brächte maßgebliche Änderungen. Es käme endlich eine Unterteilung in voll verantwortliche Regierende und eine Opposition mit deutlich gestärkten Minderheits- und Kontrollrechten. Statt verkrusteter Strukturen kämen Transparenz und Öffnung. Wie gesagt: Schwarz-Blau will das nicht. Denn es geht um Macht oder besser um die Angst, die zu verlieren.

„Ein Proporz-Aus brächte maßgebliche Änderungen.“

Aber selbstverständlich ist das keine Berechtigung, ein zeitgemäßes politisches System dauerhaft zu verhindern. Und schlussendlich wird das auch nicht gelingen. Denn die Debatte um eine Demokratisierung Oberösterreichs und natürlich ein Ende des Propozes ist nicht

mehr aufzuhalten. „ÖVP und FPÖ können diese Demokratiereform hinauszögern, aber nicht verhindern. Nicht nur unser Druck wird immer stärker, sondern auch jener der Öffentlichkeit“, ist Mayr zuversichtlich. By the way: Gerade die Vorgänge rund um die Waldvernichtung in Ohlsdorf zeigen aktuell, wie nötig etwa eine Untersuchungskommission als Minderheitenrecht wäre. Da geht es um Aufklärung, Transparenz und Kontrolle. Nur dadurch, ergänzt durch gestärkte Demokratie und Einbindung, können wir auch das Vertrauen der Menschen in die Politik zurückgewinnen“, meint Mayr.

Zum Ausklang ebenfalls ein Spruch: Demokratie fordert uns auf, sie beständig zu stärken und weiterzuentwickeln. Das hat der Erste Präsident des OÖ. Landtags vor einem Jahr gesagt. Ein ÖVP-Mann. Also machen wir das endlich. Net meinetwegen, net unseretwegen, sondern wegen Oberösterreich.

STEYRER WESTSPANGE UND DAS ALTE DENKEN

Umfangreiche Auskunft wollen die Grünen von Landesrat Steinkellner zur jüngst fixierten, aber seit Jahren heftig umstrittenen Steyrer Westspange. Zwar liegen Daten zur Verkehrsprognose nun vor. Für die Grüne Mobilitätssprecherin Dagmar Engl „gibt es aber noch etliche offene Punkte. Davon abgesehen, dass dieses Straßenprojekt in Zeiten der Klimakrise schon grundsätzlich völlig unpassend ist“. Mit dieser Anfrage wollen die Grünen etwa Infos zu aktuellem Stand, Investitionen, Folgen für die AnrainerInnen und vor allem zu den angeblichen



Entlastungen und wie das Ganze mit Boden- und Klimaschutzziel vereinbar ist. „Was wir bislang wissen, erlaubt keinen Jubel. Man verlängert die Belastung und damit einen Teil der Emissionen einfach in ein anderes Gebiet, holt neuen Verkehr und neue Schadstoffe dorthin“, betont Engl für die unvereinbar ist, „in einer Stadt Klimaneutralität erreichen zu wollen und dann eine Umfahrungsstraße zu bauen“. Während man die Innenstadt entlasten will, werden entlang der neuen Trasse tausende AnrainerInnen belastet.

MEHR RESSOURCEN FÜR DIE SCHULSOZIALARBEIT

Die angekündigten Aufstockungen in der Schulsozialarbeit könnten für den Grünen Bildungssprecher Reinhard Ammer nur ein erster Schritt sein. „20 Prozent sind eben nur Verbesserung und nicht der nötige umfassende Ausbau“, betont Ammer und verweist auf die zunehmenden Problemlagen und Konflikte an den Schulen. Die massiv gestiegenen Suspendierungen seien dafür ein klares Indiz. „Eine Aufstockung von 52 auf 62 Vollzeitstellen wird nicht

reichen. Laut Landtagsbeschluss sollten es auch schon längst 100 Stellen sein“, erinnert Ammer. Das Lehrpersonal braucht dringend mehr Unterstützung.

Denn: „Ihre Aufgabe ist pädagogische Arbeit, nicht Sozialarbeit inklusive Konfliktlösung.“ Gleichzeitig ist für Reinhard Ammer klar, dass in der Kommunikation zwischen SchulsozialarbeiterInnen und pädagogischem Personal Verbesserungsbedarf besteht.



DAS PROBLEM MIT DER REINEN LEERE

Der Ruf nach einer Leerstandsabgabe wird immer lauter. Dadurch könnte der Anreiz steigen, Wohnungen wieder auf den Markt zu bringen. Internationale Beispiele zeigen, dass diese Abgabe wirksam ist.

■ MARKUS ECKER

Bestehendes nutzen, Leere befüllen und Vorhandenem Sinn geben. Alles gut. Es kommt kein Beitrag zu Psychohygiene und Selbstfindung. Es geht beinhalt ums Immobilien-Business, heftig flankiert von Klima- und Bodenschutz. Wir sprechen von Wohnungen, die leer stehen. Einfach so, weil sie gehortet werden oder damit spekuliert wird. Wir sprechen von ebenfalls leerstehenden Betriebsobjekten und ungenutzten, aber bereits gewidmeten Grundstücken. Und wir sprechen davon, diesen Bestand endlich zu nutzen, statt permanent neu zu bauen, massenhaft Boden zu verbrauchen und damit das Klima zu belasten.

Der Wohnbereich als erster Punkt. 30.000 Wohnungen stehen laut Berechnungen in OÖ tatsächlich leer. „Gleichzeitig suchen viele Menschen vergeblich leistbaren Wohnraum, der auch durch das Horten immer teurer wird. Und es wird für Neubauten unnötigerweise immer mehr Boden versiegelt“, fasst die Grüne Wohnbausprecherin LAbg. Ines Vukajlović zusammen. Daher fordern die Grünen seit Jahren eine

Leerstandsabgabe. Als Anreiz, Wohnungen wieder dem Wohnungsmarkt zuzuführen. Diese wirkt: Bis zu 26 Prozent sind die Leerstände bei internationalen Beispielen zurückgegangen. Laut Greenpeace-Berechnungen könnte das Land Oberösterreich bis zu 260 Mio. Euro einnehmen, die dann etwa in Sanierungen fließen.

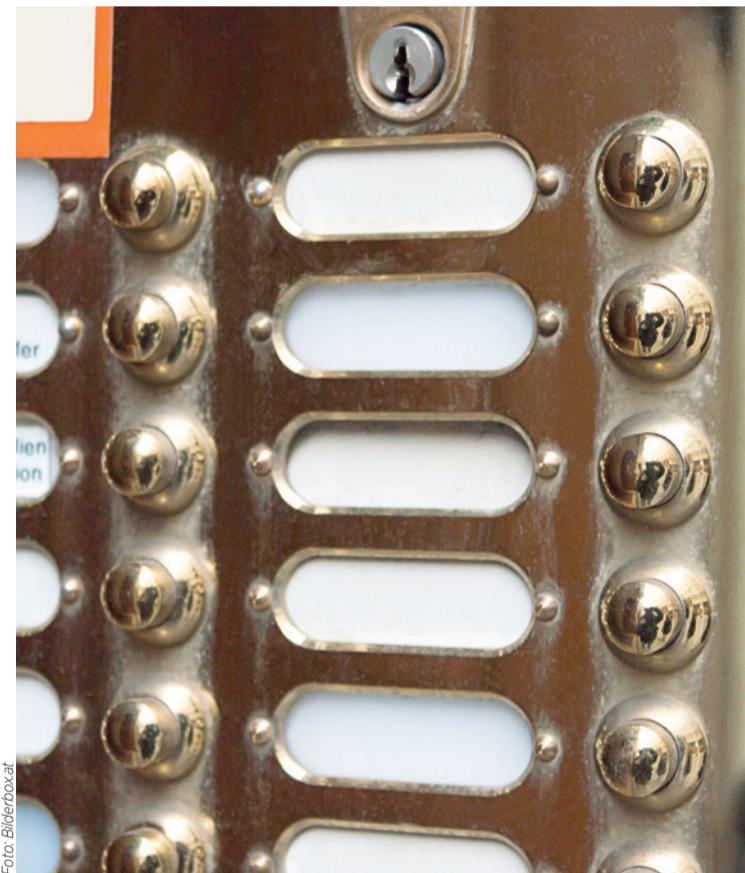


Foto: Bilderbox.at

Das Land könnte die Abgabe einführen

„Die Leerstandsabgabe ist ein Erfolgsmodell, gegen das sich Schwarz-Blau bisher verbissen wehrt“, meint Vukajlović. Nun die erfreuliche Dynamik: Der Bund hat den Ländern jetzt die Kompetenz gegeben, die Leerstandsabgabe einzuhören. Genau das haben LH-Konferenz und damit auch LH Stelzer gefordert. Nun die groteske Reaktion: Dennoch haben ÖVP und FPÖ jüngst im Landtag einen neuerlichen grün-roten Antrag auf die Leerstandsabgabe abgelehnt.

„Was soll dieses Spiel?“, ist das für Vukajlović unverständlich. „Dieses Instrument gegen Wohnungsnot, steigende Wohnpreise und Horten von Wohnungen ist endlich einzusetzen und das für OÖ geeignete Modell zu erarbeiten“.

Land kürzte Revitalisierungsprogramm

Zum gewerblichen Leerstand und sich fortsetzender Verwunderung über Schwarz-Blau. Es gibt ein Aktionsprogramm Leerstand- und Brachflächenrevitalisierung. Das haben erfreulicherweise viele Gemeinden bereits genutzt. „Und genau dieses Programm hat die Landeskohäsion gekürzt. Das versteht niemand und natürlich auch nicht die BürgermeisterInnen“, betont die Grüne Gemeindesprecherin Dagmar Engl. Denn die Gemeinden haben natürlich auf Basis der geltenden Förderkriterien geplant und kalkuliert. Der bürgermeisterliche Unmut ist entsprechend und wurde auch schriftlich bei den Verantwortlichen deponiert, einschließlich der Forderung diese Kürzung zurückzunehmen. „Das haben wir Grünen auch im Landtag verlangt. Aber ÖVP und FPO halten daran fest. Unsinnig und in der Sache falsch“ meint Engl. „Man kann doch nicht kürzen und erschweren, was man forcieren und erleichtern müsste“.

Foto: Bilderbox.at

MEHR JOBCHANCEN FÜR BEEINTRÄCHTIGTE MENSCHEN

Als „markanten Fortschritt, beeinträchtigten Menschen den Weg in den Arbeitsmarkt zu erleichtern“, sieht die Grüne Behinderten-Sprecherin Ulrike Schwarz das neue Standortprogramm des Landes. Dank des grün geführten Sozialministeriums umfasst dieses Programm eine Vielzahl an Maßnahmen und Förderungen. Damit werden vor allem Anreize für Firmen gesetzt, Menschen mit Behinderung einzustellen. Sich an die Unternehmen zu wenden, ist für Schwarz „extrem wichtig“ und wird die Arbeitsmarktchancen beeinträchtigter Menschen erhöhen. „Nun muss das Land selbst weitere Schritte setzen und sich dabei auf Bildung und Ausbildung der Betroffenen konzentrieren“, meint Schwarz. Gemeint sind damit mehr inklusive Ausbildungangebote nicht nur in der Lehre, sondern auch in den Berufsbildenden Schulen. Bedarfsorientiert, mit entsprechender Ausstattung und geschultem Personal. Denn „neben mehr Fördermaßnahmen ist vor allem ein hoher Ausbildungsgang ein Anreiz für Unternehmen, Menschen mit Beeinträchtigung einzustellen“, stellt Schwarz fest. Nach Jahren des Stillstands und kaum überbrückbarer Hürden, ist hier jetzt einiges in Bewegung. „Darauf ausruhen darf man sich aber nicht“, betont Schwarz.



SCHWARZ-BLAUES TAGEBUCH

20. MAI 2024

Ich bin verwirrt, mein Tagebuch. Als bekennender 50plusler derf i des sei. Das ist aber jetzt verdammt privat. Net guat, wie man weiß. Wo war i? Ah ja. Verwirrt bin i. Yes, klar. Wegen de Regierungshandys, die bei uns ins Wasser gefallen und in Moskau wieder auftaucht san. Dass so viele Spion unterwegs san, dass ma bei der nächsten Volkszählung für die a extra Spalten brauchen. Und dass des blaue Ibiza offenbar so verschwunden ist, wie des antike Atlantis. Aber verwirrt bin vor allem wegen die EU Wahlen. Freude schöner Götterfunken, haftst in der Europahymne. Jetzt haben ma aber an Funkenflug, und

der ist gar net göttlich, sondern brandgefährlich. Für die an ist de Union des leyenvolle Reich des Wahnsinns, Brüssel das Mekka des Irrsinns und der Green Deal des rote Tuch am Kommissontisch. Für die anderen fangt die EU in Bregenz an und hört in Eisenstadt auf. Grad die Distanz, die man mit guaten alten Verbrenner fahren kann – ohne Ausstieg. Also bitte, wenn scho ka Götterfunken, dann bitte a Funken Verstand bei der Wahl.

Alles offenbar net so machtig, wie a 23-jährige EU-Kandidatin mit de Ohrring durchs Land zu treiben. Freundeskrixe toppt Klimakrise. Plötzlich geht's um

die Gerüchteküche statt um Korruptionsgerüche. Wegen ana jungen Schmächtigen bebt des Land, was bei alten Mächtigen ka Borstenvieh interessiert. Bei der Waage stimmt die Eichung net. Des verwirrt mi.

„Plötzlich geht's um die Gerüchteküche statt um Korruptionsgerüche.“

So und jetzt nach Oberösterreich. Wo man weiß, wo ma nimma verwirrt sein muß, weil mas eh weiß. Dass da die Radln auf die Autos ghören und net in Wind und des Gras

zum mahn da ist und net zum Rauchen. Wo se rechte Recken hinter hohen Hecken ebensolche Ziele stecken. Wo man die Energiesicherheit schützt und drum glei neben an Schutzgebiet nach Gas bohrt. Wo der Boden nu zum Bauen da ist und ma se net gleich geniert wann man an Wald planiert. In dem der Umweltanwalt net amal dort a Windkraft ham wü, wo se net nur Fuchs und Huhn gute Nacht sagen, sondern a Luchs und Elch. Schen, dass er se a um Schweden sorgt. Ghört ja immerhin zur EU.

■ MARKUS ECKER

IMPRESSUM

oö.planet. 3/2024

Zulassungsnumm.: GZ 02Z031264 M

MedieninhaberInnen: Die Grünen OÖ und die Grüne Bildungswerkstatt, beide 4040 Linz, Landgutstraße 17

HerausgeberInnen: Die Grünen OÖ, die Grüne Bildungswerkstatt OÖ und der Klub der Grünen im oö. Landtag.

Die Redaktion: Mag. Marco Vanek (Chefredakteur), Mag. Gerhard Niederleuthner, Mag. Markus Ecker, Ursula Roschger

MitarbeiterInnen und AutorInnen: Mag. Herbert Voraberger, Severin Mayr, Dr. René Freund, Mag. Irene Mayer-Kilani, Benjamin Wimmer Korrektorat: Mag. Barbara Vanek Fotos: www.bilderbox.com, istock, Grünes Archiv, Mag. Marco Vanek, Mag. Gerhard Niederleuthner, Ron Sandmayr,

Gestaltung: agentur g+, Mag. Gerhard Niederleuthner und Gernot Wartner

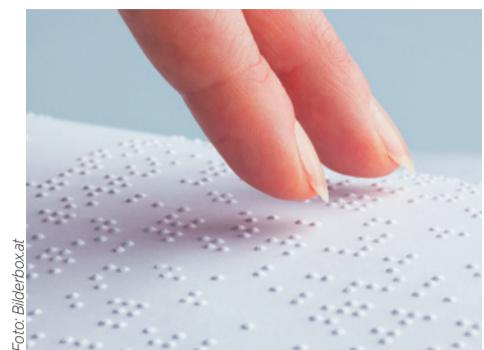
Produktion: Mag. Marco Vanek, Mag. Gerhard Niederleuthner

Adressenverwaltung: Tel.: 0732/73 94 00 Richard Steinmetz, service.ooe@gruene.at

Druck: Wimmer Medien Druck, Linz

Verbreitete Auflage: 21.000 Stück

Die nächste Ausgabe des oö.planet erscheint Mitte September 2024





EU-Pub-Quiz

Die Welser Grünen veranstalteten kürzlich mit der Europawahlkandidatin Ines Vukajlovic ein Pub-Quiz mit kniffligen Fragen und überraschenden Antworten. Hier eine Auswahl der Fragen zum Selberraten.

■ ZUSAMMENGESTELLT VON ALESSANDRO SCHATZMANN



GEOGRAFIE & GESCHICHTE

1. Was ist der längste Fluss der EU (und durch wie viele Länder fließt er)? 2. In welchem Jahr wurde die EU offiziell gegründet und wie heißt der unterschriebene Vertrag? 3. Welches EU-Land war das letzte, das der Eurozone beitrat und in welchem Jahr geschah dies?

ALLGEMEINES

1. Wie viele Mitgliedstaaten hat die EU? 2. In welcher Stadt befindet sich der Hauptsitz des EU-Parlaments? 3. Wie viele Abgeordnete sind ab Juni 2024 im Europäischen Parlament?

POLITIK

1. 2004 gab es die Osterweiterung der EU, wie viele und welche Länder traten 2004 der EU bei? 2. Was ist der Unterschied zwischen dem Europäischen Rat und dem Rat der Europäischen Union? 3. Wie viele Amtssprachen gibt es in der EU?

WIEN ODER BRÜSSEL

1. Welche Stadt hat mehr EinwohnerInnen, Wien oder Brüssel? 2. Wien und Brüssel haben fast gleich viele U-Bahn-Linien – aber welche hat mehr? 3. Wien hat den Stephansplatz, Brüssel den Grand Place – welcher der beiden Plätze ist größer?



FUN FACTS

1. In welcher Europäischen Stadt befindet sich ein Museum, das ausschließlich historischen und modernen Toiletten gewidmet ist? 2. Welches europäische Land hat mehr Saunas als Autos? 3. Welche europäische Stadt hat mehr Brücken als Venedig?

Die Antworten gibt es unter: oe.gruene.at/quiz/



DIE HASS-FALLE

Aus beruflichen Gründen verwende ich soziale Medien. Das wird oft zur Herausforderung ...



TEXT RENÉ FREUND

Wenn ich gewisse Postings auf Facebook oder Kommentare auf Instagram, würde ich am liebsten mit wütenden Abhandlungen antworten. Mit Beweisen, Polemiken, Richtigstellungen. Ich mache es dann aber doch nicht, weil ich auf social media noch nie eine vernünftige Debatte verfolgt habe. Ich bilde mir ein, dass es vor ein paar Jahren im weltweiten Netz gemütlicher war. Auf Facebook wurden vor allem Fotos von Katzenbabys und Hundewelpen verbreitet, von Schneefall im Winter sowie Meer und Palmen im Sommer. Nun aber, im viel beschworenen Superwahljahr, quellen die sozialen Medien über vor Häme, Niedertracht und Lügen.

Woher kommt all dieser Hass? Sind das wirklich russische Trolle? Oder die berühmten sozialen Blasen? Besonders viel Hass ergießt sich zur

Zeit über Grüne und Sozialdemokraten. Würden sie einmal im Duo regieren, wäre der Untergang Österreichs so gut wie besiegelt, denn im Öko-Kommunismus wird das Gendern Pflicht und der heterosexuelle weiße Mann früher oder später verboten. Die Reichensteuer würde zur Massenabwanderung wohlhabender Inländer führen, die postwendend von afghanischen Kriminellen ersetzt würden, und überhaupt haben die Grünen gemeinsam mit der Nato Russland angegriffen. Wie oft habe ich gelesen, bald würden österreichische Soldaten an der ukrainischen Front sterben!

So oft war ich nahe daran zu widersprechen, wobei ich zuerst das für die Rechten und völkisch Identitären schlechte Deutsch voll Grammatik- und Rechtschreibfehlern kritisiert hätte. Aber tappe ich dabei nicht selbst in die Hass-Falle, nämlich Menschen für etwas zu kritisieren, wofür sie oft nichts können, näm-

lich mangelnde Bildung? Andererseits, wäre es nicht notwendig, ständig zu widersprechen, damit Scheindebatten und schiere Angstmaße nicht plötzlich als Wahrheiten dastehen? Mir jedenfalls widerstrebt es, das im Internet zu tun. Aber ich werde nicht müde, mit leibhaften Menschen Auge in Auge zu diskutieren. Wir dürfen nicht in die Hass-Falle tappen – aus der gibt es nämlich keinen Ausweg. Wir müssen zuhören. Argumentieren. In allen den Menschen sehen. Wir haben für das Überleben der Demokratie keine andere Chance. Zur Wahl gehen sollten wir natürlich auch.

KONTAKT

Die Grünen OÖ – Die Grüne Alternative

Landgutstraße 17, 4040 Linz
Tel. 0732/73 94 00 Fax DW 556
Mail ooe@gruene.at
Web oe.gruene.at
FB facebook.com/grueneooe

REDAKTION

oö.planet – Grüne Zeitung für OÖ

Landgutstr. 17, 4040 Linz
Tel. 0732/73 94 00 Fax DW 556
LeserInnenzuschriften:
Mail marco.vanek@gruene.at
Tel. 0732/73 94 00
Adressverwaltung: Richard Steinmetz
Mail service.ooe@gruene.at

René Freund lebt als Schriftsteller in Oberösterreich. Zuletzt erschienen: „Wilde Jagd“, Zsolnay Verlag